

Medienmitteilung

Bundesrätliche Vorschläge sind unbefriedigend.

BDP will eine konsequente Umsetzung der Pädophilie-Initiative

Für die Bürgerlich-Demokratische Partei BDP sind die zwei vom Bundesrat vorgeschlagenen Umsetzungsvarianten für die Pädophilie-Initiative unbefriedigend. Die BDP fordert - sowohl in der [Vernehmlassung](#), als auch in ihrer [Petition](#) - ein lebenslanges und endgültiges Berufsverbot sowie die Beschränkung von Ausnahmeregelungen auf ein Minimum. Die Schweizer Stimmbevölkerung hat 2014 mit der deutlichen Annahme der Initiative dem Opferschutz einen klar höheren Stellenwert eingeräumt als dem Wunsch des Täters, wieder mit potenziellen Opfern arbeiten zu können.

Die 2014 deutlich angenommene Volksinitiative „Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen“ verlangt, dass verurteilte pädophile Straftäter endgültig das Recht verlieren, eine berufliche oder ehrenamtliche Tätigkeit mit Minderjährigen oder Abhängigen auszuüben. Aus Sicht der BDP entsprechen die vom Bundesrat präsentierten Umsetzungsvorschläge in keiner Art und Weise dem Volkswillen. Ein Vorschlag des Bundesrates ist zu rigid, der andere zu lasch. Deshalb hat die BDP eine [Petition](#) für die konsequente Umsetzung lanciert.

In ihrer Vernehmlassungsantwort fordert die BDP ein lebenslanges Berufsverbot für pädophile Straftäter ohne die Möglichkeit einer Wiedererwägung. Ebenso sollten die Ausnahmeregelungen auf ein Minimum beschränkt werden - namentlich in Fällen von einvernehmlicher Jugendliebe. Für die BDP ist es zudem unverständlich, dass der für den Vollzug des Tätigkeitsverbots wesentliche Strafregistereintrag nach 10 Jahren gelöscht werden kann. Die Durchsetzbarkeit von lebenslänglichen Tätigkeitsverboten würde so deutlich erschwert.

Die deutliche Annahme der Initiative unterstreicht die Notwendigkeit einer Umsetzung mit lebenslangem und endgültigem Berufsverbot für verurteilte Sexualstraftäter. Dabei wird die Verhältnismässigkeit bereits beim Strafmass berücksichtigt. Ein zusätzliches Tätigkeitsverbot zum Schutz künftiger Opfer hat deshalb endgültig zu sein.

Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

NR Rosmarie Quadranti, 078 615 23 14

NR Bernhard Guhl, 079 337 80 50

02.09.2015